

Aus: Berliner Anstoß - Monatszeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Berlin,
September 2004

WAHLALTERNATIVE ARBEIT & SOZIALE GERECHTIGKEIT

Von Hans-Günter Szalkiewicz

„Wir sind beide, SPD und Gewerkschaften, in einer Bewährungsprobe. ... Wir stehen in Deutschland - und auch in Europa - vor einer Wegscheide. Gehen wir unseren Weg des Europäischen Sozialstaatsmodells weiter mit gesicherten Rechten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit der Mitbestimmung, mit solidarischen Sicherungssystemen - oder gehen wir den Weg eines total entfesselten Marktes, wie es die Konservativen vorhaben? ... Wir müssen also viel daran setzen, auch in dieser schwierigen Phase unser Bündnis zu erhalten und wieder zu beleben.“ schreibt Franz Müntefering in einem Brief vom 16. Juli 2004 an die Kolleginnen und Kollegen in den DGB-Gewerkschaften.

Für die Adressaten und mehr noch für die Millionen Erwerbslosen in Deutschland stellt sich diese Alternative gewiss etwas anders dar. Die Sorge, dass Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung keine zeitweiligen, begrenzten Erscheinungen dieses Gesellschaftssystems sein könnten, wird allmählich zur Gewißheit. Die Unruhe unter den in unterschiedlicher Weise betroffenen Menschen verdrängt ihre Resignation und Apathie. Der Widerstand gegen die Auswüchse des sozialen Raubbaus beginnt sich zu entwickeln, ohne die gesellschaftliche Breite und Konsequenz zu erreichen, um die Offensive des deutschen Großkapitals und ihrer politischen Sachwalter zu stoppen.

Der Vorsitzende der SPD weist in dem genannten Schreiben auf eine der Ursachen des begrenzten Widerstands gegen die Folgen des herrschenden kapitalistischen Systems hin, wenn er vom historischen Bündnis zwischen organisierter Sozialdemokratie und Gewerkschaften spricht.

Die größte Klassenorganisation der Arbeiter ist durch ihre von den Gewerkschaftsspitzen betriebene Einbindung in das sozialpartnerschaftlich und sozialstaatlich garnierte System der Machtsicherung der deutschen Großbourgeoisie in einem Maße entwaffnet, dass alle Errungenschaften des langjährigen Kampfes der Arbeiterbewegung Gefahr laufen, kampflos aufgegeben zu werden.

Dieses Vordringen des Opportunismus steht in engem Zusammenhang mit dem Fortwirken des mit der Niederlage des Sozialismus eingeleiteten konterrevolutionären Prozesses, ebenso wie die Marginalisierung der organisierten kommunistischen Kräfte.

Wenn unter diesen Bedingungen die Menschen nicht mehr bereit sind, sich mit der anhaltenden Verschlechterung ihrer Lebenslage abzufinden und zu Aktionen übergehen, fehlt ein ausreichender organisatorischer und besonders ein ideologischer Rückhalt. Die Aktionen bleiben begrenzt und greifen, wie bei den Montagsdemonstrationen, auf historische Vorbilder zurück, die mit dem Anliegen derjenigen, die auf die Straße gehen, nicht mehr viel zu tun haben.

Aber selbst in seiner Begrenztheit birgt der sich entwickelnde Widerstand Gefahren für die sozialdemokratische Variante der Machtausübung des deutschen Großkapitals in sich.

Jahrzehntelang in die Köpfe gehämmerte Vorstellungen von einem neutralen Staat mit sozialen Funktionen, von einem gemeinnützigen Wirtschaftssystem, der sozialen Marktwirtschaft,

beginnen im Gefolge der extrem unsozialen Maßnahmen der Schröder-Fischer-Regierung ihre Wirkungen zu verlieren. Der SPD laufen die Mitglieder weg. Den Gewerkschaften ergeht es ähnlich und die Funktionäre, für die die Interessenvertretung kein Lippenbekenntnis ist, trennen sich von der mit leichter Kritik begleiteten Unterstützung der Regierungspolitik.

Das ist die Stunde des Vereins „Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (WASG), die am 3. und 4. Juli 2004 in Fürth mit seiner Gründung schlägt und nach dessen Satzung daraus - voraussichtlich bis November - eine Partei entstehen soll. In Berlin hat die Vorbereitung eines entsprechenden Landesverbandes für einigen Wirbel gesorgt, weil für den Vorsitz des zu konstituierenden Leitungsorgans der in Berlin nicht ganz unbekanntes Bezirksvorsitzende der IG BAU, Lothar Nätebusch, durch den Bundesvorstand gewonnen und nominiert wurde, der Mitglied der DKP ist.

Das hat bei den Kräften, die in Berlin zu den Bündnis- und Bewegungsaktivisten gehören, für Aufregung gesorgt und bei Mitgliedern der DKP Bedenken und Kritik ausgelöst.

Der Vorgang ist nicht ganz unproblematisch und sollte vor seiner endgültigen Bewertung einer gründlichen Diskussion unterzogen werden.

Die künftige Partei trägt nach den „Vorschlägen für programmatische Grundlagen“, nach denen die Vereinsgründung erfolgte, in ihren Grundzügen ein klares sozialdemokratisches Profil und geht dabei gleichzeitig in Opposition zur aktuellen Politik der SPD. Dieser Spagat erklärt sich dadurch, dass aus einer Programmatik, die dem sozialdemokratischen Regulierungskonzept der Nachkriegsjahre entspricht, als „soziale Marktwirtschaft“ und „Sozialstaat“ im Zusammenhang mit der Schaffung eines „Bollwerks gegen den Kommunismus“ zu ideologischen Instrumenten der Einbindung der westdeutschen Arbeiterklasse in das wieder zu errichtende imperialistische System auf deutschem Boden entwickelt wurden, Forderungen abgeleitet werden, die den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der damaligen Zeit entsprechen, jedoch in starkem Gegensatz zur heutigen Politik der Sozialdemokratie stehen.

„Die wirtschaftlichen Grundlagen für einen höheren Lebensstandard, für mehr Sozialstaat und bessere öffentliche Leistungen werden sich in der Zukunft weiter vergrößern“, weil die Arbeitsproduktivität weiter steigt, heißt es in den programmatischen Vorschlägen der Wahlalternative. Daran wird die apologetische Schlußfolgerung geknüpft, dass Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch Steigerung der Arbeitsproduktivität ein Versagen von „Politik und Gesellschaft“ darstelle, gerade so, als könne man das kapitalistische Akkumulationsprinzip wegregulieren. Daraus folgt nach diesem Konzept: „Der Ansatz zur Bewältigung des Problems ist die Einkommensverteilung. ... Das vorrangige Ziel ist eine Vollbeschäftigung neuen Typs und die Wiederherstellung eines leistungsfähigen Sozialstaats.“

Den inzwischen vielfach durch die gesellschaftliche Praxis belegten Nachweis von der Unmöglichkeit eines solchen „Plan-Kapitalismus“ nehmen die Autoren der Programmvorstellungen der Wahlalternative nicht zur Kenntnis, was ihnen gestattet, mit Forderungen aufzutreten, die im deutlichen Gegensatz zur Politik der jetzigen Bundesregierung stehen. In einem „Eckpunkteprogramm“ wird gesagt „Weg mit Hartz IV!“, „Keine Verlängerung der Arbeitszeit!“, „Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen;“ „Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen.“

Diese und weitere Forderungen wären bei einem ernsthaft, auf außerparlamentarische Aktionen gerichteten Kampf, durchaus geeignet, die volksfeindliche Offensive des deutschen Großkapitals zu stoppen. Und das besonders dadurch, dass die Demagogie der sozialdemokratischen „Geschäftsführer“ der imperialistischen Politik enthüllt wird. Damit wären Ansatzpunkte für eine politische Aktionsrichtung gegeben, mit der „auf der Seite der abhängig Arbeitenden, der Schwachen, der Armen und Ausgegrenzten“ (programmatische Vorschläge) der Widerstand zu verbreitern und zu vertiefen wäre. Das besonders deshalb, weil dieser Widerstand nicht wesentlich auszudehnen ist ohne den lähmenden Einfluss der sozialpartnerschaftlichen Konzepte der Sozialdemokratie zu überwinden, den Einfluss der SPD in der Arbeiterklasse, auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zurückzudrängen, den Opportunismus erfolgreich zu bekämpfen.

Diese Möglichkeiten dürfen in der praktischen Politik der Kommunisten nicht ignoriert werden. Wir können uns mit der anhaltenden Kritik der programmatischen Grundlagen der Wahlalternative aufhalten und uns selbst in die Ecke der gesellschaftlichen Wirkungslosigkeit stellen oder wir können von dem im Augenblick die Menschen am stärksten bewegenden Forderungen ausgehend mit der größten Konsequenz für ihre Realisierung kämpfen. Es wäre eine große Illusion anzunehmen, dass uns die Demonstrationen des vergangenen Jahres und die derzeitigen Montagsdemonstrationen schon in eine Situation gebracht hätten, in der von der Arbeiterklasse getragene Massenaktionen gegen den Sozial- und Demokratieabbau den Ansatz für eine grundlegende Korrektur der herrschenden reaktionären Politik liefern.

Dass dabei Fragen zur Rolle der Wahlalternative, zu den Möglichkeiten und Grenzen der Mitwirkung von Kommunisten offen bleiben, ist normal. Bei der Beantwortung dieser Fragen sollten wir unseren potentiellen Partnern im Widerstand die Gewißheit vermitteln, dass wir uns von ihnen bestenfalls durch die Konsequenz in dem zu führenden Kampf unterscheiden.